

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Politik

Staatskapitalismus 09

MEINUNG ZEITGEIST**Auto-Boss Obama? GM wird dann erst recht Trabis bauen, glaubt Josef Joffe***** Josef Joffe ***

Eric Warburg, der große Hamburger Bankier, hat das Wesen des Menschen wie des Wohlfahrtsstaates so ironisiert:

»Wenn man gibt, nimm; wenn man nimmt, schrei.« Was das mit Opel zu tun hat? Holen wir etwas weiter aus.

Seit Herbst ist kein Tag vergangen, an dem nicht in den Medien, vorzugsweise im Feuilleton, das Ende des Kapitalismus besungen wurde. Und was würde an seine Stelle treten? Die Milliarden für Opel und GM antworten:

Staatskapitalismus plus, vorgeblich zugunsten des Notwendigen, in Wahrheit aber wider Zukunft und Allgemeinheit. GM produzierte in den Siebzigern fünf Millionen Pkw jährlich; zuletzt war es nur eine Million. Der Konzern war also am Ende. Jetzt kriegt er 50 Milliarden Dollar vom Bund, zusätzlich zu früheren Notkrediten von 20 Milliarden. Nehmen wir an, die Hälfte von 240000 GM-Jobs würde gerettet, dann kostete jeder einzelne 583000 Dollar! Würde bei Opel die Staatsbürgerschaft fällig, könnte jeder gerettete Job bis zu 300000 Dollar kosten. Auch diese Firma, Insignia hin oder her, hat systematisch am Markt vorbeiproduziert - drei Milliarden

Dollar jährlich hat GM in Europa verloren. Doch ist das nur der Anfang von der Rechnung.

Ob Konjunkturspritze oder Strukturhilfe, stets gilt das Warburg-Prinzip. »Wenn man gibt, nimm...« Wenn Opel, dann auch Karstadt, obwohl das klassische Kaufhaus nach hundert gloriosen Jahren (Macy's wurde 1878 in New York, Schocken 1901 in Leipzig gegründet) gegen Saturn, Obi und Outlets nicht mehr bestehen kann. Mehr als tausend Firmen haben Stütze beantragt; die Regierung schickt gar unter dem Motto »Konjunktur auf Tour« Busse durchs Land, mit deren Hilfe die kleinen Opels lernen, wie man dem Steuerzahler das Geld aus der Nase zieht.

Bei 30 Prozent weltweitem Kapazitätsüberhang ist das Happy End im Auto-Drama so wahrscheinlich wie ein Fußkranker, der den Marathon gewinnt. Ist die Largesse wenigstens »sozial gerecht«? Wie das, wenn die Schlechten alimentiert, die Guten ignoriert werden? Wie kann es sozial sein, wenn Berlin für sein Konjunkturprogramm ein Sechs-Prozent-Defizit in Kauf nimmt und Washington gar zwölf - 1,8 Billionen

Dollar? Dafür müssen die Nachgeborenen gleich dreifach blechen: mit Schuldendienst, mit Inflation und im Sinne des Warburg-Prinzip. »Wenn man nimmt, schrei«. Dem Privileg folgt stets der Interessenverband, und dieser wird seine Pfründen zu schützen wissen. Siehe zuletzt den Bauern-Diesel.

Oder die Rettung von Opel und GM wider wirtschaftliche Vernunft und Allgemeinwohl. Ob Mr. Obama und Frau Merkel bedacht haben, dass in einer funktionierenden Marktwirtschaft (wie der amerikanischen bis 2008) selbst im Boom alljährlich 15 Prozent der Jobs verschwinden, derweil 15-plus dazukommen - Zukunftsjobs? Doch im Staatskapitalismus schlägt die Macht den Markt - genauso wie einst im klassischen, den Marx endlos gegeißelt hat. Bloß: Im aufgeklärten Kapitalismus des späten 20. Jahrhunderts konnte der Bürger den Staat gegen das Kapital aufbieten. Wen soll er aber nun gegen GM und die privilegierten neuen Staatskonzerne mobilisieren? Obama ist GM- und Regierungschef zugleich.